

Wege aus einer neuen Krise

Bereits seit längerem titeln die Medien immer häufiger: „Die Krise ist vorbei“. Die Indikatoren steigen, die Rezession scheint überwunden und an den Finanzmärkten wird wieder spekuliert, wie vor der Krise. Man mag deshalb meinen, die Medien hätten, untermauert von diesen Argumenten, Recht mit ihren Überschriften. Dass all die positiven Indikatoren letztlich nur der Hinweis auf eine kurzfristige Erholung sind, wird nicht beachtet.

Was zu dem massiven Zusammenbruch von Finanzmärkten und Wirtschaft geführt hat, waren unter anderem hochkomplexe Finanzprodukte, die zu massiv überhöhten Werten gehandelt und auch gekauft wurden, obwohl ein entsprechender Gegenwert der Sache gar nicht vorhanden war. Vergessen werden darf dabei auch nicht die unbedachte Kreditvergaben an Privatpersonen, deren Rückzahlungen von den Kreditnehmern nicht mehr geleistet werden konnten, was zu einer großen Immobilienblase und schließlich zum Zusammenbruch des Finanzsystems geführt hat. Das ist das Wesen einer Finanzmarktblase und bereits jetzt entwickelt sich offensichtlich erneut eine Blase dieser Art: Mitunter mit den massiv günstigen Staatsgeldern kaufen Großinvestoren massiv auf den Finanzmärkten ein und freuen sich entweder über hohe Renditen oder verlieren Geld – letzteres tut aber nicht weh, denn seit den Ereignissen um die Finanzkrise scheint zumindest für die am Finanzmarkt Tätigen klar zu sein: Gewinne dürfen behalten werden, um Verluste kümmert sich der Staat.

Aus dieser Mentalität heraus werden nun die gleichen Fehler begangen, wie in den Jahren zuvor – weil ernsthafte Konsequenzen nicht zu befürchten sind. Daran ist die Funktionslogik des vorherrschenden Systems schuld, bei dem Staaten gezwungen sind in Krisenzeiten mehr investieren zu müssen, um den so genannten „allgemeinen Wohlstand“ zu sichern. Hier stößt auch die von SozialdemokratInnen befürwortete antizyklische Fiskalpolitik an ihre Grenzen, da die Verursacher einer solchen Krise nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Ganz im Gegenteil: Dadurch signalisieren staatliche Haushalte, dass massive Verfehlungen keine Folgen haben, denn je größer der Schaden desto größer ist die Bereitschaft der staatlichen Institutionen, mit großer Hilfe einzugreifen. Letztlich werden diese Hilfe nun nicht mehr unbedingt genutzt, um überhaupt wieder auf einen grünen Zweig zu kommen, denn das ist schon längst wieder passiert. Die Gewinne der US-amerikanischen Großbanken schnellen schon ein Jahr nach den erheblichen Folgen des Zusammenbruchs wieder in die Höhe, aber auch hier werden wichtige Fakten nicht berücksichtigt: Ohne massive Staatshilfen hätte es Gewinne dieser Größenordnung nicht gegeben.

Die eigene Wirtschaftstätigkeit dieser großen Finanzinstitute ist also nicht der Grund für die fabelhaften Zahlen; viel eher das Einspringen des Staates für selbstverschuldete Fehler. Dabei werden die Gewinne wieder genau so erwirtschaftet, wie auch vor der Krise: Das Geld wird weiterhin massiv in die Finanzmärkte gepumpt, es wird wieder fröhlich spekuliert, und noch geben die Zahlen den Spekulanten recht. So lange, bis auch diese nächste, entstehende Blase platzt, denn der jetzige Weg kann nicht funktionieren: Vom Staat zur Verfügung gestelltes Geld, welches sich dieser selbst nur auf dem Wege massiver Kredite beschaffen konnte, wird investiert und zu Gewinnen gemacht; Geld, das eigentlich auf Rückzahlung wartet. Wieder werden Finanzprodukte erschaffen, von denen nur kurzfristig Stabilität zu erwarten ist; wieder werden Finanzprodukte verkauft, die auch auf dem Verkauf von nebulösen Verbindlichkeiten aufbauen. Erneut weiß niemand so ganz genau, was passieren wird, denn das Problem ist die völlige Entkopplung der Finanzmärkte von der realen Wirtschaft:

Der Börsenwert von Unternehmen wird durch Finanzjongleure künstlich in die Höhe getrieben. Oft hat der Börsenwert eines Unternehmens nicht mehr viel mit dem erwirtschafteten Gewinn und der Aussicht auf zukunftsweisende Produkte zu tun. Für Trader spielt allein die Aussicht auf astronomische Gewinne eine Rolle. Eine langfristige Bereitstellung von Kapital zum Ausbau von Produktionskapazitäten und Verbesserungen der Waren ist schon lange kein Ziel von Aktienhandel mehr.

Die massiven Staatshilfen haben das Problem daher nicht an der Wurzel gepackt, sondern viel eher für kurzfristige Linderung gesorgt. Eine tatsächliche Lösung der bestehenden Probleme ist nur mit anderen Mitteln zu ermöglichen.

Wir fordern die Einführung einer Tobinsteuer von mindestens 0,1%.

Dabei sollen länderübergreifende Geldtransaktionen weltweit einheitlich besteuert werden. Obgleich klar ist, dass eine weltweite Durchsetzung große Schwierigkeiten bringt, ist dieser Weg, auch wenn er nur von führenden Wirtschaftsnationen gewählt wird, der richtige Weg: An den wichtigsten Weltwirtschaftsplätzen werden die teilweise massiven Geldtransaktionen auf Grund der neu entstehenden Steuerkosten verlangsamt; auf diesem Wege wird erreicht, den Finanzmarkt zumindest anteilig einzudämpfen. Dies darf aber nur der Anfang von Maßnahmen sein, um die Auswüchse der internationalen Finanzmärkte einzudämmen.

Auch an der Forderung nach einer Börsenumsatzsteuer von mindestens 1%-2% - gestaffelt nach Risikoklasse des Finanzprodukts - halten wir fest:

Mit einer Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer von einem Prozent können, wenn man die Börsenumsätze von 2005 zugrunde legt, Einnahmen von 38 Milliarden Euro erzielt werden. Die Wiedereinführung dieser Steuer ist unter Steuergerechtigkeitsaspekten notwendig, denn der Umsatz aus dem Handel mit Wertpapieren muss dem Umsatz auf Waren und Dienstleistungen steuerlich gleichgestellt sein. 19 Prozent Mehrwertsteuerbelastung tragen insbesondere die einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürger. Seit dem 01.01.2007 dagegen stehen Steuergeschenke für Unternehmer, Vermögende, Erben und die Gewinner neoliberaler Finanzpolitik. Mit den Einnahmen aus der Börsenumsatzsteuer können 500.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Beschäftigungssektor finanziert werden. Es werden Finanzmittel für Zukunftsinvestitionen frei, die für die soziale Absicherung der in der Bundesrepublik lebenden Menschen notwendig sind. Die Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer kann zur Entschleunigung des hochrasanten internationalen Finanzmarktkausells und zu einem Rückgang von Börsenspekulationen beitragen.

Ferner fordern wir die Neufassung der Eigenkapitalvorschriften vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel II).

Die Ereignisse der letzten Jahre haben auf beeindruckende Art und Weise unterstrichen, dass die Eigenkapitaldeckung der Finanzinstitute offensichtlich noch nicht ausreichend ist, um größere Schwierigkeiten zu vermeiden. Vor einigen Jahren noch als zukünftiges Stabilitätswunder für Banken propagiert, hat sich inzwischen herausgestellt, dass die Vorschriften bei weitem nicht ausreichend sind. Es muss dabei berücksichtigt werden, dass es eine einheitliche Pflicht für eine Mindestkernkapitalquote geben muss, die deutlich über der nationalen 4%-Quote der deutschen Solvabilitätsverordnung und des Kreditwesengesetzes liegt. Die Risikobewertung muss im Rahmen neuer Eigenkapitalvorschriften in Zukunft mit größerer Vorsicht erfolgen: Während hochspekulative Finanzprodukte und Kreditvergaben besonders streng bewertet werden müssen, soll auch auf mittelständische Unternehmen geachtet werden, die bei Vorlage von guten Konzepten und Umsetzungsplänen ihre Kredite zu gleichbleibenden Konditionen erhalten soll, weshalb im Niedrigrisikobereich keine strengere Bewertung der Ausfallrisiken vorgenommen werden soll. Die Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen wird dazu führen, dass die Banken beim Kauf hochspekulativer Finanzprodukte mit größerer Vorsicht agieren und immer häufiger davon absehen. Zusätzlich muss die Arbeit der Bankenaufsicht in den Staaten der Welt häufiger, konsequenter und strenger geschehen, um zu gewährleisten, dass die Kreditinstitute die Vorschriften nicht auf geschickte Art und Weise umgehen.

Nachgedacht werden muss allerdings auch über die Markstellung von Großbanken – wenn diese auf Grund ihrer massiven Bedeutung die Möglichkeit haben, den Markt fast eigenständig zu lenken und auf jedwede Institutionen auf Grund ihrer Bedeutung großen Einfluss üben können, wie zuletzt bei

den Staatshilfen geschehen, so muss bedacht werden, ob es für die Zukunft sinnvoller ist, aus wenigen Großbanken mehrere Banken zu machen, die zumindest weniger groß sind. Es muss einen Diskurs darüber geben, wie man den Markteinfluss von Großinstituten minimiert. Unserer Überzeugung nach ist es sinnvoller aus wenigen Großbanken oder anderen Unternehmen, die den Markt beherrschen - wie beispielsweise Energiekonzernen - eine polypole Situation herbeizuführen, bei der viele kleinere Institute insgesamt einen wesentlich größeren Einfluss auf den Markt haben.

Nichtsdestotrotz ist es stets das Bestreben jungsozialistischer Politik gewesen, bestehende Verhältnisse zu hinterfragen. Dabei muss deutlich herausgestellt werden, dass durch unsere Forderungen das kapitalistische System stabilisiert und weitere soziale Spaltungen in einem gewissen Maß verhindert werden können. Allerdings wird dadurch der Systemfehler an sich nicht behoben, der nach wie vor soziale Selektionen vorsieht. Wir nehmen diese Zustände jedoch nicht hin. Wir wollen sie überwinden! Daher bekennen wir uns ausdrücklich zum Demokratischen Sozialismus, der - im Gegensatz zum Kapitalismus - einen Menschen nicht danach beurteilt, ob man in einem System „funktioniert“ und in welchem Maß er oder sie in einer profitorientierten Welt nützlich ist. Die Überwindung der vorherrschenden Zustände ist eine immer währende Aufgabe, die nur durch eine aufklärende Aktivierung der Gesellschaft möglich ist. Wir werden auch in Zukunft alles dafür tun, bei dieser Aktivierung einen entscheidenden Beitrag zu leisten.